

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Kathrin Henneberger (KV Mönchengladbach)

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 195 bis 202:

Nach dem Willen der Großen Koalition werden in Deutschland Kohlekraftwerke noch bis 2038 dem Klima und unserer Gesundheit schaden. Das ist mit der 1,5 Grad Grenze nicht vereinbar. Um diese einzuhalten brauchen wir ein deutliches Vorziehen des Kohleausstiegs und deswegen setzen wir uns dafür ein, den Kohleausstieg so schnell wie möglich und bis allerspätestens 2030 zu vollenden. Um den deutschen Kohleausstieg nach der 1,5-Grad-Grenze auszurichten, wollen wir keine Möglichkeit unversucht lassen. Dabei setzen wir uns für entschädigungsfreie Abschaltungen der Kohlekraftwerke ein. Den KohleKonzernen wollen wir nicht erneut Milliarden an Steuergelder schenken. Die massiven Klimaschäden der Kohleverstromung müssen eingepreist werden.

~~Nach dem Willen der Großen Koalition werden in Deutschland Kohlekraftwerke noch bis 2038 dem Klima und unserer Gesundheit schaden. Das ist mit den Klimazielen nicht vereinbar. Wir setzen uns dafür ein, den Kohleausstieg bis 2030 zu vollenden. Um nicht erneut den KohleKonzernen Milliarden an Steuergeldern zu schenken, wollen wir die massiven Klimaschäden der Kohleverstromung einpreisen. Das ist am sinnvollsten über den EU-Emissionshandel zu regeln – mit einem lenkenden CO₂-Preis, der dem neuen EU-Klimaziel entspricht.~~Um dies zu Regeln ist der EU-Emissionshandel ein sinnvoller Weg – mit einem lenkenden CO₂-Preis, der dem neuen EU-Klimaziel und der 1,5 Grad Grenze entspricht. Ein beschleunigter Kohleausstieg bedarf im Sinne der Versorgungssicherheit eines massiven

Nach Zeile 205 einfügen:

Dafür werden wir die bedrohten Dörfer an den Tagebauen Garzweiler und Hambach ordnungsrechtlich erhalten. Wir stehen solidarisch an der Seite der betroffenen Menschen, denn für uns stehen Menschenrechte über dem Bergrecht. Dafür wollen wir das Bergrecht reformieren. Der Hambacher Wald muss nachhaltig geschützt werden und ihm darf sein Umland nicht weiter weggebaggert werden.

weitere Antragsteller*innen

Christina Schliesky (KV Mönchengladbach); Britta Kox (KV Heinsberg); Hans-Josef Dederichs (KV Heinsberg); Nyke Slawik (KV Leverkusen); Patrick Haermeyer (KV Mannheim); Michael Röls (KV Dortmund); Gerd Schaeben (KV Mönchengladbach); Laura Steeger (KV Mönchengladbach); Stefan Krischer (KV Aachen); Marion Manske (KV Mönchengladbach); Johannes West (KV Düsseldorf); Imke Byl (KV Gifhorn); Anita Hoffmann (KV Mönchengladbach); Sybille Horras-Schmitz (KV Heinsberg); Frederik Paul Antary (KV Bochum); Georg P. Kössler (KV Berlin-Neukölln); Karl Bär (KV Miesbach); Petra Schenke (KV Rhein-Kreis-Neuss); Isabel Elsner (KV Düren); Nicola Dichant (KV Köln); Petra Kanters (KV Heinsberg); Carlotta Rainoldi (KV Köln); Jan Tecklenburg (KV Köln); Franz Bauman (KV Mönchengladbach); Annkatrin Esser (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Magdalena Schulz (KV Münster); Jürgen Mülders (KV Mönchengladbach); Christoph Stolzenberger (KV Heinsberg); Jürgen Küsener (KV

Mönchengladbach); Anna Sophie Emmendorffer (KV Potsdam-Mittelmark); Veit Otto (KV Köln); Thomas Schaefer (KV Erfurt); Uta Boßmann (KV Kiel); Karsten Finke (KV Bochum); Max Lucks (KV Bochum); Tim Schäfer (KV Ahrweiler); Karin Fendler (KV Karlsruhe); Stephan Fegers (KV Mönchengladbach)